

Unicef-Basis macht Druck

Welser-Ude fordert Mitgliederversammlung / Garlichs beschwert sich über Prüfer

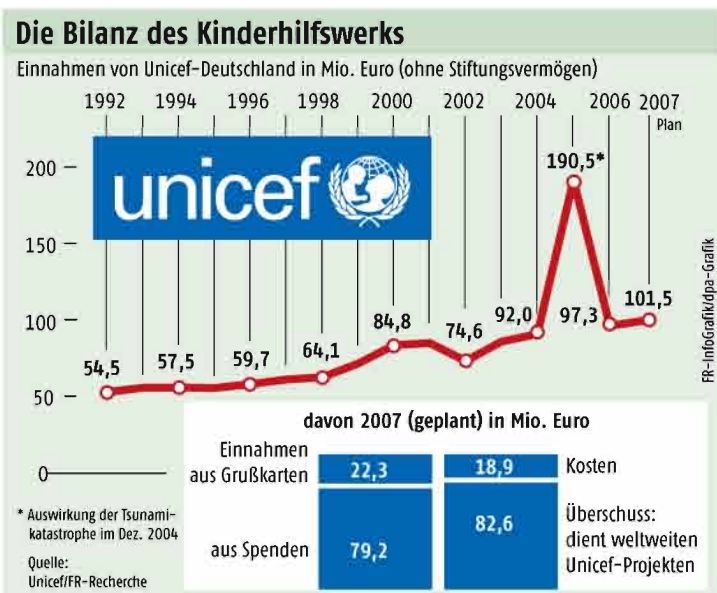
Von Matthias Thieme

Im Unicef-Skandal wächst der Druck auf die Führungsriege des Kinderhilfswerks. Edith von Welser-Ude, Mitglied des deutschen Komitees für Unicef, verlangt vom Vorstand des Kinderhilfswerks die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung. Der Vorstand dürfe mit seiner „Wagenburgmentalität und Beschwichigungsstrategie“ nicht weitermachen, sondern müsse sofort eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen, schreibt die Frau des Münchner Oberbürgermeisters in einem Brief an den kommissarischen Unicef-Vorsitzenden Reinhard Schlagintweit, der der FR vorliegt.

„Sollte bis Samstag, 9. Februar, keine entsprechende Einladung des Vorstands vorliegen“, heißt es in dem Brief, „sähe ich mich gezwungen, mich an alle Mitglieder direkt zu wenden und die notwendigen Stimmen gemäß Paragraph 7 Absatz 6 der Satzung zu sammeln.“ Welser-Ude müsste ein Drittel der Mitglieder gewinnen.

Der umstrittene Unicef-Geschäftsführer Dietrich Garlichs hat sich über die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG beschwert, die er zuvor selbst mit der Prüfung der Vorwürfe gegen ihn beauftragt hatte. Das geht aus einem internen Schreiben hervor, das der FR zugespielt wurde. „Teilweise sind die von KPMG angemerkten Verstöße wirklichkeitsfremd, auch wenn sie formal rich-

Geschäftsführer Garlichs und Vorsitzender Schlagintweit. DPA/DDP



tig sind“, kritisiert der Unicef-Geschäftsführer in dem Schreiben vom 25. Januar. Garlichs ärgert sich in dem Brief über die Kritik der Prüfer daran, dass Unicef oft nur per E-Mail Aufträge vergeben habe. „Dies ist nach Auffassung der KPMG keine schriftlich getroffene Vereinbarung“, beschwert sich Garlichs. Man habe mit KPMG „keine Gelegenheit“ gehabt, „diese Ergebnisse zu diskutieren“. „Ich bin überzeugt, wir hätten bei der KPMG dann ein wenig mehr Realitätssinn wecken können“, schreibt der Unicef-Chef.

An Rücktritt denkt Unicef-Geschäftsführer Garlichs offenbar nicht. Weiter lässt er verbreiten, die Vorwürfe seien geklärt oder nicht so gravierend. Auch der frühere Vorsitzende Reinhard Schlagintweit, der nach Heide Simonis' Rücktritt wieder im Amt ist, stärkt seinem Freund Garlichs den Rücken. Wie lange der Schulterchluss noch hält, ist fraglich. Aus Sicht des Cap-Anamur-Gründers Rupert Neudeck muss Unicef grundlegend reformiert werden. Derweil bekräftigen Unicef-Mitarbeiter die Forderung nach einem Rücktritt Garlichs'. Klaus Hoppe von der Arbeitsgruppe Frankfurt schreibt in einem offenen Brief: „Machen Sie den Weg frei für die notwendigen Veränderungen – treten Sie zurück!“

FR-online.de
Hintergründe, Kommentare:
www.fr-online.de/unicef

Mehr Hilfe für arme Familien

Koalition packt Reform des Kinderzuschlags an

Von Vera Gaserow und Katharina Sperber

Arme Familien können schon bald auf mehr staatliche Zuwendung hoffen. Es gibt in der großen Koalition Überlegungen, die Reform des Kinderzuschlags endlich umzusetzen. Das Konzept dazu wird bereits seit mehr als einem Jahr zwischen dem CDU-geführten Bundesfamilien- und dem SPD-geführten Bundesarbeitsministerium abgestimmt. Die Verbesserung des Kinderzuschlags ist in beiden Parteien unstrittig. Bislang ist sie jedoch Teil eines Reformpakets, in dem auch die Einführung eines Erwerbstätigenzuschusses und die Reform des Wohngelds eingeschlossen sind.

„Es wäre eine elegante Lösung, die Reform des Kinderzuschlags so schnell wie möglich umzusetzen, notfalls auch isoliert“, sagte Christel Humme, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, am Montag der FR. Ein solches Vorgehen war vom ehemaligen Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) blockiert worden.

SPD erwägt niedrigere Freibeträge

Die Reform sieht einen breiteren Zugang zum Kinderzuschlag für Familien mit geringem Einkommen vor, die nur weil sie Kinder haben, Gefahr laufen, auf Hartz IV zu fallen. Die Lohnunter-, aber auch die Lohnobergrenzen sollen ausgedehnt und das Verfahren unbürokratischer werden. Damit könnten 450 000 Kinder aus der Armut geholt werden, sagt Humme. 2007 gab der Bund 110 Millionen Euro für rund 100 000 Kinder aus. Bereits vereinbart hatten die Koalitionspartner, dass sie pro Jahr 200 Millionen Euro mehr als heute in den Zuschlag investieren wollen.

Derweil ging der Streit über Kindergeld und steuerliche Kinderfreibeträge weiter. „Wir lassen prüfen, ob es verfassungsrechtlich möglich ist, die Freibeträge zu modifizieren“, sagte Wolfgang Jüttner, SPD-Fraktionschef in Niedersachsen, der FR. Die Freibeträge seien nicht mehr zeitgemäß, da der Staat durch den Ausbau der Kinderbetreuung die Eltern bereits entlaste. Dieser Weg solle weitergegangen werden.

Jüttner denkt dabei an gebührenfreie Schulspeisung und mehr frühkindliche Betreuung. Die SPD werde im September eine nationale Armutskonferenz einberufen, auf der über Kinderarmut diskutiert werden soll, sagte Jüttner, der die SPD-Arbeitsgruppe gegen Kinderarmut leitet. Der CSU-Abgeordnete Johannes Singhammer lehnte Jüttners Vorstoß kategorisch ab. Seite 11

Attentäter aus der Wüste

Eine Tote und Dutzende Verletzte bei dem ersten Selbstmordanschlag in Israel seit einem Jahr

Von Inge Günther

JERUSALEM. Beim ersten Selbstmordanschlag in Israel seit einem Jahr hat sich am Montag ein Attentäter in der Stadt Dimona in die Luft gesprengt und mindestens eine Israelin mit in den Tod gerissen. 38 Menschen wurden bei dem Attentat in einem Geschäftszentrum in der Negev-Stadt teils schwer verletzt. Geplant war offenbar ein Doppelanschlag. Ein zweiter Attentäter wurde von einem israelischen Polizisten erschossen, bevor er seinen Bombengürtel zünden konnte.

Bei dem letzten Selbstmordattentat eines Palästinensers am 29. Januar 2007 waren im Badeort Eilat insgesamt vier Menschen ums Leben gekommen.

Zu dem Anschlag vom Montag bekannte sich eine militante Gruppe mit Verbindungen zur Fatah-Partei des palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas. Die Al-Aksa-Märtyrerbrigaden erklärten, sie hätten die Aktion gemeinsam mit der Volksfront für die Befrei-

ung Palästinas (PFLP) ausgeführt. Die Attentäter seien aus dem Westjordanland gekommen.

Al-Aksa-Sprecher Abu Fuad sagte, die beiden Attentäter seien über Ägypten nach Israel gelangt, nachdem der Grenzzaun vom Gazastreifen nach Ägypten am 23. Januar von Mitgliedern der Hamas eingerissen worden war. Damit sei die seit einem Monat geplante Aktion möglich geworden.

Die „Märtyrer“ kamen über Ägypten – wegen des gefallenen Grenzzauns in Gaza

Die Sicherheitskräfte in Südisrael waren seit der vorübergehenden Öffnung der Sperranlagen in erhöhter Alarmbereitschaft, Behörden und Medien hatten vor Anschlägen gewarnt.

Es war befürchtet worden, dass militante Palästinenser über die Halbinsel Sinai in die Wüste Negev und damit auch nach Dimona gelangen könnten. Die Stadt mit 37 000 Einwohnern liegt 60 Ki-

lometer nordöstlich von Ägypten und ist hauptsächlich als Standort eines Atomreaktors bekannt. Für Dimona war es der erste derartige Terrorakt überhaupt. Bis zum vergangenen Sonntag waren zwölf Tage lang Hunderttausende Palästinenser unkontrolliert in den Sinai gereist, nachdem die Grenzbarriere gesprengt worden war. Die rund 300 Kilometer lange Grenze zwischen Sinai und Israel, über die bereits Tausende Flüchtlinge aus Afrika ins Land kamen, gilt als durchlässig und kaum kontrollierbar.

Verteidigungsminister Ehud Barak hatte mit Verweis auf erhöhte Terrorgefahr noch am Sonntag den Bau eines Grenzzauns in der Region als „dringlich“ bezeichnet. Eine Forderung, die er bei einer Tatortbesichtigung in Dimona bekräftigte. Eine solche Befestigung der Grenze war bereits nach dem israelischen Abzug aus Gaza im Sommer 2005 im Gespräch – wegen der veranschlagten Kosten von rund 50 Millionen Euro war das Projekt aber wieder fallenge-

lassen worden. Ägyptische Sicherheitskräfte nahmen am Montag nach eigenen Angaben auf ihrer Seite des Gaza-Grenzübergangs Rafah einen bewaffneten Palästinenser fest.

Das felsige, schwer kontrollierbare Sinai-Gebiet gilt als Sicherheitsproblem

Seit verganginem Freitag wurden auf der Halbinsel Sinai insgesamt 15 bewaffnete Palästinenser in Gewahrsam genommen.

In Ramallah verurteilte der moderate Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas, der an der Spitze der Fatah steht, den Anschlag. Seine Hauptgegner wiederum, die Islamisten von Hamas aber auch Dschihad, priesen das Attentat als „gerechtfertigten Widerstand“. Bei einem israelischen Luftangriff auf den Gazastreifen wenige Stunden nach dem Selbstmordanschlag am Montag wurde nach palästinensischen Angaben ein Mensch getötet. Seite 11